



COMMERZBANK

Public Affairs

# Richtlinie zur Politischen Kommunikation

Die Commerzbank ist eine international agierende Geschäftsbank. Sie wickelt einen wesentlichen Teil des deutschen Außenhandels ab und ist Marktführer im deutschen Firmenkundengeschäft. Zudem ist die Bank aufgrund ihrer hohen Branchenkompetenz in der deutschen Wirtschaft ein führender Anbieter von Kapitalmarktprodukten und unterhält eines der dichtesten Filialnetze der deutschen Privatbanken. Insgesamt betreut die Bank in Deutschland mehr als 11 Millionen Privat- und Unternehmerkunden sowie derzeit über 26.000 Firmenkundenverbände inklusive multinationaler Konzerne, Finanzdienstleister und institutioneller Kunden. Damit kommt ihr eine wichtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Verantwortung zu. Die Commerzbank ist zudem als national systemrelevant eingestuft.

„Kontaktpflege zwischen dem Gemeinwohl verpflichteten Politikern und Beamten einerseits und Organisationen mit partikularen Zielen andererseits ist legitim. Sie bezweckt den Austausch von Informationen und den Abgleich unterschiedlicher Auffassungen und Situationsanalysen. Sie ermöglicht den Vortrag partikulärer Forderungen oder Erwartungen an die Politik und setzt sie damit dem öffentlichen Disput widersprechender Anliegen aus. Dadurch

dient sie dem allseitigen besseren Verständnis und fördert am Gemeinwohl orientierte Sachentscheidungen.“<sup>1</sup>

Folglich erwarten Politik und Öffentlichkeit Stellungnahmen zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen. Im aktiven und konstruktiven Dialog mit Stakeholdern nutzt die Commerzbank deshalb die Möglichkeit, die unterschiedlichen Erwartungen und Bedürfnisse ihrer Anspruchsgruppen kennenzulernen, sie gegebenenfalls als Entscheidungs- und Planungshilfe für die Unternehmensstrategie zu verwenden sowie die eigenen Sichtweisen – auch auf politischer Ebene – darzulegen.

Mit dem Aufbau von „Public Affairs“ und der Vernetzung unserer Verbindungsbüros Berlin und Brüssel mit dem Issue Management in Frankfurt und der Stelle beim International Institute of Finance (IIF) in Washington unter einem Dach wird die Commerzbank ihrer gewachsenen politischen Verantwortung gerecht. Mit ihrer Interessenvertretung ist sie Bestandteil des demokratischen Meinungsbildungsprozesses und will am Gemeinwohl orientierte, sachgerechte und fundierte Entscheidungen fördern. Im Vordergrund steht hierbei, Banken- und Finanzmarktthemen zu erläutern. So unterstützen wir Politik und Verwaltung beim Auf- und Ausbau branchenbezogenen Wissens als Grundlage für sachgerechte Entscheidungen. Diesen Ansatz bezeichnen wir als „Smart Lobbying“.

Die Commerzbank legt dabei großen Wert auf eine integrierte und fachlich fundierte Kommunikation mit politischen Akteuren sowie Verbänden und der Öffentlichkeit. Dabei entwickelt sie Strukturen und Plattformen für die politische Kommunikation und stützt sich nicht ausschließlich auf persönliche Netzwerke. Bereits etablierte Strukturen ermöglichen darüber hinaus Kontinuität, auch bei regelmäßigen Veränderungen in der Politik.

Der Bereich Public Affairs verfolgt die aktuellen politisch-regulatorischen Debatten in Deutschland, Europa und international. Dazu werden Gesetzesvorhaben beobachtet und analysiert sowie

<sup>1</sup> Deutscher Rat für Public Relations (DRPR): Richtlinie zur Kontaktpflege im politischen Raum

eigene Positionen zu den relevanten Themen entwickelt.

Die Commerzbank steht darüber hinaus in engem Austausch mit Vertretern aus Wissenschaft und Forschung. Die Commerzbank beteiligt sich an Veranstaltungen zu politisch relevanten Fragen und pflegt einen offenen und transparenten Dialog mit den politisch und gesellschaftlich bedeutsamen Akteuren.

Die Commerzbank ist sowohl im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung als auch im Transparenzregister der EU registriert und berichtet über handelnde Personen, Mitgliedschaften und jährliche Aufwendungen im Rahmen der politischen Interessenvertretung.

Mit diesen Grundsätzen akzeptiert die Commerzbank zugleich die Richtlinie zur Kontaktpflege im politischen Raum des Deutschen Rat für Public Relations (DRPR), die Prinzipien des politischen Lobbying des Bankenverbandes (BdB) sowie den Verhaltenskodex für Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter im Rahmen des Lobbyregistergesetzes.

### **Grundsätze der politischen Interessensvertretung**

Integrität und Vertrauenswürdigkeit sind die Geschäftsgrundlage der Commerzbank.

In Übereinstimmung mit ihren Unternehmenswerten, Verhaltensgrundsätzen (Code of Conduct), Leitlinien zur unternehmerischen Verantwortung und ihrer Nachhaltigkeitsstrategie bekennt sich die Commerzbank zu einer politischen Interessenvertretung, die ihren öffentlich vertretenen Positionen nicht widerspricht (One-Voice).

Die Commerzbank und ihre Interessenvertreter haben sich zudem mit der Eintragung im Deutschen Lobbyregister dazu verpflichtet, den vom Deutschen Bundestag und der Bundesregierung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft festgelegten Verhaltenskodex einzuhalten.

Offenheit, Transparenz, Ehrlichkeit, Integrität sind hier unabdingbare Voraussetzung einer seriösen Politikberatung.

### **Vertrauenswürdigkeit durch Transparenz**

Unternehmensvertreter (und im Auftrag der Bank handelnde Berater) sind verpflichtet, sich im Umgang mit politischen Akteuren und anderen Interessenvertretungen von Unternehmen als Vertreter der Commerzbank AG unter Angabe ihrer Funktion und ihres Anliegens zu erkennen zu geben.

Die Commerzbank und ihre Interessenvertreter begrüßen Initiativen für mehr Transparenz in der Politik. Die Commerzbank hat sich fristgerecht in das EU-Transparenzregister und das Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung eingetragen.

Es gilt, offen die Geschäftsinteressen der Bank zu erklären und sicherzustellen, dass die bereitgestellten Informationen den

aktuellen Wissensstand der Bank widerspiegeln, vollständig und nicht irreführend sind. Beim erstmaligen zweckgerichteten Kontakt mit den Organen, Mitgliedern, Fraktionen oder Gruppen des Deutschen Bundestages oder den Mitgliedern der Bundesregierung muss auf die Eintragung in das Lobbyregister hingewiesen werden.

Die Commerzbank leistet als Unternehmen keine Spenden an politische Parteien, es sei denn, der Vorstand genehmigt dies ausdrücklich. Mitgliedsbeiträge gelten dabei nicht als Spenden und werden entsprechend zentral erfasst. Die Verbände, in denen die Commerzbank Mitglied ist, spenden in eigener Verantwortung und nach den jeweiligen gesetzlichen Regeln, insbesondere unter Beachtung von Parteiengesetzen.

### **Ehrlichkeit, Integrität und Lauterkeit**

Die Commerzbank agiert nicht parteipolitisch und ergreift alle erforderlichen Maßnahmen, um die Einhaltung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften sicherzustellen und redlich zu handeln.

Demnach verpflichtet sich die Commerzbank im Rahmen ihrer politischen Interessenvertretung Informationen nicht auf unlautere Weise zu beschaffen oder auf unlautere Weise auf Entscheidungen einzuwirken und auch keine diesbezüglichen Versuche zu unternehmen:

- Geschenke an öffentliche Amtsträger, Vertreter öffentlicher Institutionen, Beamte, Angestellte des öffentlichen Dienstes und Politiker sind unzulässig. Ausnahmen sind nur zulässig für kleine Aufmerksamkeiten im Rahmen z.B. von Veranstaltungen, die bei strikter Einhaltung des Transparenzgebots gegenüber der Öffentlichkeit den Respekt des Konzerns vor dem öffentlichen Amt oder der politischen Rolle zum Ausdruck bringen. Diese Zuwendungen sind genehmigungspflichtig und werden dokumentiert.
- Andere materielle Vergünstigungen – wie Einladungen, Veranstaltungen, Unterstützungen etc. – müssen dem Informationsaustausch dienen, sich in einem angemessenen Rahmen bewegen und dürfen nicht aufgrund unlauterer Motive erfolgen.
- Vertrauliche Informationen Vertrauliche Informationen, die Unternehmensvertreter im Rahmen der Interessenvertretung erhalten, werden nur in zulässiger und jeweils vereinbarter Weise verwendet oder weitergegeben.
- Unternehmensvertreter unterlassen es zudem, ein nicht bestehendes Auftrags-, Nähe- oder Beratungsverhältnis zu politischen Entscheidungsträgern zu behaupten.